

## **Bildungsstreik als kollektive Verweigerung von Studienleistungen?**

Perspektiven des Widerstands an der Hochschule

Gespräch mit Emanuel Kapfinger

Erschienen in: Campus-Antifa Frankfurt (Hrsg.): Semesterguide WiSe 2012/13.

### *Einleitung:*

Die Frankfurter Campus-Antifa führte mit Emanuel Kapfinger ein Interview über die Aktionsform eines tatsächlichen Bildungsstreiks, die er in seinem Beitrag „Zur Strategie des Studierendenprotests in der gegenwärtigen Krise des Kapitals“ in der Zeitschrift „Tanz auf dem Vulkan“ vorgeschlagen hatte. Dieser Vorschlag geht davon aus, dass nur mit der kollektiven Verweigerung von Studienleistungen ein größerer materieller Druck auf die Bildungsinstitutionen ausgeübt werden könnte, was es erlauben würde. Die Campus-Antifa befragte Emanuel Kapfinger bezüglich der Details sowie einiger Schwierigkeiten, die sie bei der Umsetzung sieht.

Das Interview ist ursprünglich im Semesterguide der Campus-Antifa (siehe <http://campusantifa.blogspot.de>) für das Wintersemester 2012/13 erschienen.

### *Gab es einen besonderen Anlass für Deinen Text? Womit beschäftigt er sich?*

Ja, der Anlass war zum einen unsere Zeitschrift „Tanz auf dem Vulkan“, die wir für die Krisenproteste im Mai 2012 erarbeitet hatten. Vom Thema der Zeitschrift her – der Wirtschaftskrise – sollte der Text die Auswirkungen der Krise auf die Studienbedingungen analysieren. Wir gingen dabei davon aus, dass die Wirtschaftskrise ein allgemeines Phänomen ist, das unser gesamtes Leben in den nächsten Jahren entscheidend verändern wird. Emanzipatorische Politik in den verschiedenen Gesellschaftsbereichen, also auch Hochschulpolitik, muss sich daher auf die Krise beziehen und selbst zum Teil des Krisenprotestes werden.

Zum andern ging es mir aber darum, auf eine Strategieänderung in den Studierendenprotesten selbst hinzuwirken: Deren politisches Ziel ist im Moment die Bildung als Selbstzweck, ein Studium, das zweckfrei ist, von eigenen, kulturell wertvollen Wissensinteressen ausgeht und die ganze Persönlichkeit entfaltet. Der Slogan der Bewegung ist ja: „Bildung ist keine Ware“. Ich trete für etwas anderes ein: Studierende müssen als Proletarierinnen begriffen werden und die Bewegung nicht auf freie Bildung, sondern die Emanzipation der Ausbildung für Arbeit ausgerichtet werden. Also nicht gegen Arbeit, sondern für eine andere Arbeit, sowie die Aufnahme weiterer sozialer Themen, vor allem Wohnen und Jobben.

Diese Forderung nach der Richtungsänderung ist zweifach strategisch begründet: Zum einen ist der Bildungsidealismus heute schlicht unrealistisch geworden, wenn man nicht auf ein ganz elitäres und exklusives Modell von Universität hinaus will. Der Studierendenprotest nimmt die Verhältnisse des gegenwärtigen Kapitalismus, namentlich die Krise nicht zur Kenntnis. Außerdem glaube ich, dass das Ideal der zweckfreien Bildung nicht mehr für eine politische Mobilisierung geeignet ist, weil die allermeisten Studierenden ihr Studium von vornherein nur auf zukünftige Arbeit beziehen und es als Ausbildung verstehen. Wenn man das in die Kritik hineinnimmt und die Probleme des Studiums von seiner Funktion für die kapitalistische Arbeit her aufzeigt, dann, denke ich, könnte eine breitere politische Mobilisierung der Studierenden möglich werden.

### *Du erläuterst in deinem Artikel den Zusammenhang zwischen dem Wandel kapitalistischer Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten und dem gleichzeitigen Wandel der Hochschulen und den daraus resultierenden Auswirkungen auf das Studium. Wie stellt sich dieser Zusammenhang für Dich dar?*

Ja, ich sehe die gegenwärtigen Probleme der Studierenden in der Krise des Kapitals begründet, die sich seit den 70er Jahren immer mehr zuspitzt und sich seit Ende der 90er weltweit in Zusammenbrüchen einzelner Wirtschaften sowie gegenwärtig in kurz aufeinander folgenden globalen Crashes manifestiert.

Ich analysiere den Zusammenhang folgendermaßen: Zum einen gehen mit der Krise ein geringeres Steueraufkommen und gleichzeitig höhere Staatsausgaben einher. Dies lässt die Staatsverschuldung steigen und zwingt den Staaten eine gegenwärtig immer radikalere Sparpolitik auf. Dies betrifft auch die Hochschulen und äußert sich dort u. a. in Mittelknappheit bezüglich Räumen und Lehrenden, der Einführung von Studiengebühren und einer gewaltsamen Verkürzung des Studiums, d. h. im Bachelor.

Zum andern stehen im Zuge der Krise die Renditen der Unternehmen seit Jahren unter starkem Druck. Um die Unternehmen in dieser Lage zu unterstützen, müssen die Staaten daher möglichst günstige Wirtschaftsbedingungen schaffen, was sich z. B. in den letzten Jahren im Zwang zur Arbeit durch Hartz IV oder der weitgehenden Lockerung des Leiharbeitsrechts ausdrückte. Weil die Wirtschaft in den Industriestaaten heute zu einem großen und zunehmenden Teil in geistiger Arbeit (IT-Industrie, Forschung, kreative Industrie usw.) besteht, stehen die Hochschulen dabei im Zentrum der Bemühungen um Wettbewerbsfähigkeit. Hierbei geht es darum, das Produkt der unternehmerischen Hochschule, sprich die Studierenden, geeigneter für ihre spätere Arbeit zu machen, sowohl durch die Aneignung einer bestimmten Subjektform als auch durch bestimmte Methoden und Kenntnisse.

Wie das alles im Einzelnen aussieht, und wodurch es konkret verursacht wurde, ist sehr komplex und kann hier

nicht im Einzelnen dargestellt werden. Allgemein kann man aber sagen, dass sich die Hochschule vom Massenbildungsbetrieb der 60er bis 80er, der nicht durch seine innere Struktur schon für den Kapitalismus ausbilden musste, zu einer regelrechten Fließbandproduktion von Akademikern wandelte, die zunehmend in allen Facetten auf die Verwertungslogik zugeschnitten ist. Die Hochschule musste zwar immer schon für den Arbeitsmarkt ausbilden, aber in Zeiten relativen wirtschaftlichen Wohlstands war es dem Staat möglich, ihr eine gewisse innere Freiheit einzuräumen. In Zeiten vermehrten wirtschaftlichen Drucks muss sie nun jedoch, gerade aufgrund ihrer Bedeutung für die heutigen Arbeitsprozesse, auch von innen auf die Erfordernisse dieser Arbeitsprozesse zurechtgetrimmt werden.

Damit ist auch das Argument erbracht für die vorhin erwähnte realistische Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, an der der Studierendenprotest vorbeigeht. Die Studienbedingungen sind keineswegs zufällig so desaströs, sondern weil sie systematisch darauf ausgerichtet sind, auf die Arbeit in der Wissensgesellschaft vorzubereiten. Nicht aufgrund eines Eindringens der Managementideologie in die Universität, sondern weil es den objektiven Zwängen zur Verwertung entspricht, wird die ehemals einer Elite zukommende freie Bildung durch eine massenhafte Fließbandproduktion von Akademikerinnen ersetzt. Die Hochschulreformen sind also nicht bloß eine Folge neoliberaler Ideologie, sondern folgen dem verstärkten Verwertungszwang des Kapitals in Zeiten vermehrter globaler Konkurrenz und Überakkumulation.

Die Hochschule ist de facto, den objektiven Anforderungen und dem eigenen Anspruch nach, ein Ausbildungsbetrieb für die Massen der arbeitenden Intelligenz geworden. Sie ist kein Freiraum mehr für ein Bildungsideal.

Der Studierendenprotest muss von diesen veränderten Bedingungen ausgehen: Er muss das Studium als Moment der gegenwärtigen gesellschaftlichen Organisation der Arbeit begreifen und zu einem Widerstand gegen deren kapitalistische Form werden. Er muss die heutige Hochschule zusammen mit der gegenwärtigen Organisation der Arbeit bekämpfen.

*Aus diesen Veränderungen ergeben sich gravierende Folgen für die Organisation des Studiums. Welches sind Deiner Meinung nach die Hauptprobleme eines Studiums nach den Bologna-Reformen? Gibt es konkretere Forderungen, die Du angesichts dieser Probleme für angemessen hältst, aufzustellen?*

Wenn man das Studium isoliert betrachtet, dann sehe ich das Hauptproblem darin, dass man noch viel weniger als früher in die Inhalte gehen kann bzw. sich noch viel weniger auf die Praxis beziehen kann. Das meine ich nicht bloß im Zusammenhang mit der Möglichkeit eines ernsthaften wissenschaftlichen Arbeitens, sondern genauso in der Schwierigkeit, die Studieninhalte von praktischen Problemstellungen, also auch einem zukünftigen Arbeitsinteresse her zu reflektieren. Das ganze Studium wird immer abstrakter und formeller, es geht auch nicht um Wissen als Selbstzweck, sondern um die Wiedergabe von erwünschtem Wissen als Selbstzweck, mit allen Entfremdungs- und Sinnlosigkeitserfahrungen, die mit so einem Zwang zur geistigen Arbeit verbunden sind. So ein Lernen hat eben nichts mehr mit einem selbst zu tun. Das ist eingeklemt von hochgeschraubten Prüfungszwängen, die sich jetzt das ganze Semester hindurchziehen, vom Ende der inhaltlichen Wahlfreiheit, überfüllten Seminaren, in denen sich niemand mehr vorbereiten kann. Der Hauptübeltäter ist im Grunde der ständige Zeitdruck, der einen bis Sonntag nacht begleitet und sich in die nächste Woche fortsetzt, obwohl da schon der Zeitdruck der neuen Woche beginnt. Aber man muss auch sehen, dass die Bologna-Reform Auswirkungen auf die soziale Lage der Studierenden hat. Aufgrund der gestiegenen zeitlichen Anforderungen des Studiums ist es schwieriger geworden, nebenher zu arbeiten, und man kann auch zumeist nicht mehr das Studium langsamer absolvieren, weil man sonst exmatrikuliert wird.

*Anschließend plädiert Du für die – von uns geteilte – Strategie, studentische Proteste in größere gesellschaftliche Kämpfe einzubinden, wie es mustergültig im Pariser Mai '68 geschah, als von den Besetzungen an der Sorbonne Impulse für die Besetzungen der größten Fabriken des Landes durch Arbeiter\_innen gesendet wurden. Dabei stützt Du Dich hauptsächlich auf den Begriff der Proletarisierung der AkademikerInnen. Wie fasst Du ihn?*

Proletariat heißt, dass man keine eigenen Mittel hat, mit denen man seinen Lebensunterhalt erarbeiten kann, sondern dass man eigentumslos ist und seine Arbeitskraft verdingen muss, daher von anderen darin abhängig ist. Hier hatte ich keinen zeitlichen Prozess im Sinn, wonach also in den 70ern die Akademiker noch keine Proleten gewesen wären. Klassisch unterscheidet sich davon das Bildungsbürgertum, also die Akademiker. Sie arbeiten zum Teil auf eigene Rechnung und ökonomisch unabhängig, sind nicht weisungsgebunden oder arbeiten zumindest als führende Kräfte in den Betrieben, sie haben ein höheres Auskommen und durch ihre Bildung weit mehr Möglichkeiten, ihr Leben selbständig – sowohl in rechtlichen als auch in kulturellen Angelegenheiten – zu führen.

Diese Lebensbedingungen der Akademikerinnen haben sich mittlerweile verändert. Sie haben sich denen des Proletariats, das man natürlich als in sich sehr verschieden sehen muss, angenähert. Ihre Konkurrenz hat sich erhöht, die Löhne sind stark gesunken, die Selbständigkeit in ihren Arbeitsverhältnissen hat sich verringert, der Arbeitsdruck hat zugenommen. Das rührt vor allem von den den Veränderungen in der Arbeitsteilung her, in der geistige Arbeit einen viel größeren Anteil als früher einnimmt. Insofern spreche ich von einer „Proletarisierung der Akademikerinnen“.

Die Verbündung mit anderen gesellschaftlichen Kämpfen begründe ich von den eigenen Zielen des Studierendenprotestes her: Er kann nicht isoliert gegen die Ursachen der gegenwärtigen Hochschulpolitik kämpfen, da diese in der Krisenpolitik liegen, also diese systemisch sind und daher auch nur von einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung modifiziert werden können. Der Studierendenprotest müsste sich am allgemeinen Widerstand gegen die aktuelle Krisen- und Sparpolitik beteiligen.

Die Proletarisierung der Akademikerinnen spielt für diese Verbündung insofern eine Rolle, als dadurch einerseits ähnliche Themen in Proletariat und Bildungsbürgertum gesetzt sind, andererseits die ständischen Absonderungen von Studierenden zumindest ins Wanken geraten sind und eine Solidarisierung wahrscheinlich wird.

Allerdings verändern sich solche subjektiven Faktoren nicht „von selbst“ bzw. nur aufgrund von veränderten ökonomischen Bedingungen. Studierende verstehen sich ohne Frage auch heute als „etwas besseres“ (das gilt auch für euch, liebe Leserinnen und Leser!). Es ist auch eine Frage der Politik des Protestes, die eben soziale Themen mit in ihr Programm aufnehmen und auf eine proletarische Bewusstseinsbildung unter Studierenden hinarbeiten muss.

Zu einer gesellschaftsweiten Bewegung könnten Studierende (und Akademiker) ihre spezifischen Fähigkeiten beitragen, die naturgemäß anderswo nicht so selbstverständlich vorhanden sind, zum Beispiel gesellschaftstheoretisches oder juristisches Wissen.

*Anschließend an diesen Begriff schlägst Du in Deinem Artikel vor die Studierenden über die Vermittlung der Einsicht in die eigene Klassenlage zu einem tatsächlichen Bildungstreik, der auf der kollektiven Verweigerung von Studienleistungen in einem kompletten Semester fußen würde, zu animieren. Wir beobachten nach dem mehr oder weniger kompletten Zusammenbruch der Bildungstreikbewegung, wie sie beispielsweise auch in Frankfurt nach der geräumten Casinobesetzung zu beobachten war, gerade leider keinen besonders hohen Politisierungs- und Organisationsgrad der Studierenden (und Schüler\_innen) in der BRD. Wie schätzt Du vor diesem Hintergrund die Chancen für ein solches Vorhaben ein? Müsste dem nicht eine jahrelange Basisarbeit an den Bildungsinstitutionen inklusive einer besseren Einbettung in andere gesellschaftliche Kämpfe vorangehen? Wie könnte diese bewerkstelligt werden?*

Erst eine kollektive Verweigerung von Studienleistungen könnte wohl eine echte Wirkung entfalten. Erst als tatsächlicher Streik kann der Studierendenprotest jenseits der Demonstration von Symbolen tatsächliche Macht entfalten und Widerstand werden: Nämlich dann, wenn der Hochschule und dem Staat ein Schaden entsteht, der finanziell höher liegt, als die Reformen einbringen und weiter einbringen können – ähnlich wie es im Arbeitskampf ein Streik tut. Möglicherweise ließen sich ausgehend von meinem Vorschlag kleinere Ziele diskutieren, die einen wirklichen Schaden bedeuten. Auch die Besetzung von Uni-Präsidien oder die eintägige Blockade einer Autobahn, obwohl immer von viel militanter Ästhetik begleitet, sind noch Teil einer Symbolpolitik. Ich bin mir darüber im Klaren, dass das Ausrufen eines solchen Bildungstreiks zum gegenwärtigen Zeitpunkt ziemlich illusionär wäre. Allerdings wäre dieser Streik das, worauf man eigentlich hinarbeiten müsste. Erst ein materieller Schaden oder seine Androhung kann politische Wirkung entfalten – Argumente und Miteinanderreden reichen dazu leider nicht aus.

Außerdem glaube ich, dass in den vergangenen Studierendenprotesten viel falsch gemacht wurde, und dass der fehlende Organisationsgrad auch ein Resultat dieser Fehler ist.

Einer meiner größten Kritikpunkte am Studierendenprotest 2009/10 war die eventmäßige Ausrichtung. Bedürfnisse auf Institutionalisierung und Formalisierung von Prozessen wurden von vornherein zurückgewiesen oder entstanden gar nicht. Zwar hatten sich viele Studierende unter hohem persönlichen Aufwand und mit großer Einsatzbereitschaft dem Event gewidmet, und so entstanden viele Initiativen und Ideen. Aber es gab einen regelrechten Affekt gegen die Organisationsfrage (allgemeiner würde ich sogar sagen, gegen strategisches Denken überhaupt). Die längerfristige Aufrechterhaltung von Bewegungen, oder zumindest im Studierendenmilieu, lässt sich nur durch den Aufbau einer Organisation mit der Delegation von Funktionen an kompetente Einzelne, der Akkumulation von Erfahrung und politischem und praktischem Wissen und in diesem Sinn der Verstetigung der Abläufe bewerkstelligen.

Insofern halte ich den Zusammenbruch der Bewegung auch für eine Folge einer falschen Einstellung zu dieser Frage. Ich denke nicht, dass viele von denjenigen, die am Bildungsprotest 2009/10 beteiligt waren, sich wieder in dieser intensiven Weise engagieren – es haben sich damals ja alle auch persönlich sehr aufgerieben und hatten ihr Studium für ein Jahr fast ruhen lassen. Aber ich halte es für sehr wahrscheinlich, wenn jetzt langsam neue politische Leute an die Unis gekommen, dass diese Kraft und Zeit für eine solche Bewegung aufbringen wollen. Von Seiten der existierenden Gruppen an der Uni mit hochschulpolitischem Interesse, in Frankfurt also etwa der campusantifa und dem SDS, und der Uni-Strukturen (AStA, Fachschaften) gilt es, eine solche Bewegung vorzubereiten, was etwa hieße, Wissen über die Hochschulpolitik zu sammeln, mögliche Strategien vorzudiskutieren, sich mit anderen Gruppen und Institutionen zu vernetzen und natürlich Unorganisierte möglichst in Strukturen einzubinden.

Wichtig fände ich dabei, sich vor der Falle des Radikalismus zu hüten. Es ist das eine, zu wissen, dass der abstrakte Grund der Widersprüche die kapitalistische Produktionsweise als solche ist. Aber die lässt sich nicht als solche adressieren, es bringt nichts, sich in einem Protest, also im Veröffentlichen eines Nichteinverständenseins, gegen den Kapitalismus zu richten. Das verkommt eigentlich meist zu einem bloß ideellen Radikalismus, der sich auch um die konkreten Probleme und Ursachen nicht viel kümmert und letztlich vor allem eine revolutionäre Gesinnung einfordert, von daher auch sehr repressiv und moralisch wird. Gerade Studierende und Akademikerinnen laufen, weil sie sehr selbstbezogen und unsicher sind, Gefahr, sich in der Kundgebung eines Gegenstandspunkts selbst als Hüter der Wahrheit und in einem großen Gefühl des radikalen Dagegensens zu erleben. An wen will man sich mit einer Losung wie „Kapitalismus abschaffen“ auch richten? Mit so einer Demonstration kann man die Leute nicht überzeugen, dass der Kapitalismus schuld ist. Nein, man muss Reformpolitik machen, muss von den konkreten Interessen und Problemen der Menschen in ihren kapitalistischen Verhältnissen ausgehen und darüber nachdenken, wie und mit welchen Mitteln hier Besserungen erkämpft werden können.

Gut, dann habt ihr noch gefragt, wie die Einbettung des Studierendenprotestes in andere gesellschaftliche Kämpfe bewerkstelligt werden könnte. Also, zum Teil wird es ja schon gemacht, es gibt eine gewisse Beziehung auf die „Recht auf Stadt“-Bewegung im Zusammenhang mit studentischer Wohnungsnot, auch gibt es aus der Hochschulpolitik Verbindungen zu den Gewerkschaften und anderen Organisationen. Man müsste das politisch diskutieren und auch sehen, wieviel man selbst in die Wege leiten kann.

Ich kenne mich aber damit nicht so gut aus und wollte vor allem etwas Strategisches ausarbeiten, nämlich die essentielle Erweiterung des Studierendenprotestes auf einen Krisenprotest. Die Hochschulreformen hängen immanent zusammen mit dem Krisenprozess, und es hat wenig Sinn, sich auf eine reine Hochschulpolitik zu verkürzen. Wenn der Studierendenprotest seine Ziele erreichen will, muss er Krisenprotest werden, in seine Themen die Krise immer mit hineinbringen und sich als Teil der gegenwärtigen allgemeinen Antikrisenbewegungen verstehen.

*Wie schätzt Du die Möglichkeit einer breiteren Solidarisierung für ein solches Vorhaben beispielsweise durch ProfessorInnen und den Mittelbau ein?*

Die Verbündung mit dem Mittelbau und den Professorinnen wäre strategisch wichtig, weil damit die Hochschulangehörigen in der Öffentlichkeit, in der die Lehrenden auch ein anderes Gewicht haben, mit einer gemeinsamen Stimme auftreten könnten, und weil in den Hochschulgremien nichts ohne die Professoren geht, die sowohl auf Fachbereichs- als auch auf hochschulweiter Ebene so deutlich in der Mehrheit sind, dass sie alles allein entscheiden können – soweit zumindest die demokratischen Gremien noch politische Macht haben, in der Goethe-Uni etwa hat der Präsident in vielen Dingen die alleinige Entscheidungsmacht.

Die Erfahrung zeigt allerdings, dass zwar der Mittelbau den Studierendenprotesten im Allgemeinen recht wohlwollend gegenübersteht: Zum Teil ermöglichen Mittelbau-Lehrende die Diskussion über Protestthemen in ihren Lehrveranstaltungen, viele beteiligen sich gerne mit kritischen Workshops an Protestwochen. Aber bei den Profs ist es fast durch die Bank gegenteilig, und wo einzelne Profs sich zumindest ideell auf die Seite der Studierenden stellen, verweisen sie in Diskussionen auf Sachzwänge und Weisungen von oben, die es ihnen nicht möglich machen sollen, den Anliegen der Studierenden nachzukommen.

Ohne dass ich jetzt eine genauere Analyse angestellt habe, würde ich sagen, dass das Vorhaben einer Verbündung mit den Profs recht unrealistisch ist. Erstens kommt es nicht einmal zwischen den Professorinnen zu einer politischen Organisation und einer gemeinsamen Politik gegen die Ökonomisierung der Forschung und die Mittelkürzung. Wahrscheinlich ist das auch strukturell bedingt: An der Hochschule wird nicht im Sinne einer Abstimmung einer gemeinsamen Arbeitsteilung gearbeitet, sondern jeder arbeitet für sich und befindet sich oft auch in wissenschaftlichen Kontroversen mit den Kollegen. Die Konkurrenzmechanismen im Zuge der Hochschulreformen dürften ein übriges tun. Zum andern gibt es letztlich eine sehr große Distanz zwischen Profs und Studierenden. Die Professorinnen haben meist vor allem ein Selbstverständnis als Forschende, nicht als Lehrende, sie verkörpern Funktionen des Hochschulapparats, sind in seine routinierten Abläufe eingebunden, haben so etwas wie einen geregelten und finanziell gesicherten bürgerlichen Alltag. Das ist alles kritischen politischen Impulsen entgegengerichtet.

Das sind nun allerdings nur einige sporadische Überlegungen zum Thema. Ein begründetes Urteil möchte ich nicht abgeben. Man müsste wohl auch die Änderung dieser Strukturen in ein politisches Hochschulprogramm übernehmen. Was neben einer breiteren Solidarisierung auf jeden Fall möglich ist, ist eine Verbündung mit Strukturen linker Lehrende, wie dem Bund demokratischer WissenschaftlerInnen und der Assoziation kritische Gesellschaftstheorie. Da sind die Verbindungen mit linken Studierenden aber traditionell recht gut.

*Auf der internationalen Ebene finden in manchen Ländern seit Jahren mit starker Intensität durchgeführte soziale Kämpfe im Bildungssektor statt. Besonders erwähnenswert sind unserer Meinung nach die Bewegungen in der kanadischen Provinz Quebec und in Chile. In Quebec wird die Perspektive eines Generalstreiks an den Hochschulen mit dem Ziel die Erhöhung der ohnehin schon sehr hohen Studiengebühren zu verhindern, seit dem letzten Jahr von vielen an der seit mindestens zwei Jahren andauernden Bewegung Beteiligten ernsthaft geführt. Eine Umsetzung in*

*den nächsten Semestern scheint durchaus möglich. In Chile kämpft seit über einem Jahr eine Bewegung aus Schüler\_innen und Studierenden, mit Unterstützung von Teilen der Lohnarbeiter\_innen (letztes Jahr im September gab es dort einen Generalstreik zur Unterstützung der Kämpfe im Bildungssektor) gegen das noch aus der Zeit der faschistischen Pinochet-Diktatur stammende hoch privatisierte Bildungssystem.*

*In der bundesdeutschen Linken (und der sog. „Bildungsstreikbewegung“) werden diese Bewegungen aber kaum wahrgenommen, ein Bezug auf sie findet noch weniger statt. Unserer Meinung nach ist die nationale Fixierung der hiesigen Kämpfe ein großes Manko, das überwunden werden muss.*

*Siehst Du diese Notwendigkeit ebenfalls?*

*Böte die Idee des von Dir vorgeschlagenen Bildungsgeneralstreiks auch die Möglichkeit zu einer besseren gegenseitigen Bezugnahme der Kämpfe aufeinander; etwa auf die kanadischen Streiks?*

Ich bin auf jeden Fall für den Internationalismus, allerdings sehe ich nicht, warum die nationale Fixierung der Kämpfe im Hochschulbereich ein Problem darstellen sollte. Das Bewusstsein über Studierendenbewegungen in anderen Ländern kann sicherlich beflügelnd wirken, wie dies ja auch in der Protestphase 2009/10 der Fall war, in der sogar eine europäische Konferenz in Wien mit großer internationaler Beteiligung gelungen ist. Auch ist das Wissen über die Form der Proteste in Quebec wahrscheinlich wichtig für uns, weil sie sehr radikal sind und aufzeigen, bis wohin der Protest gehen könnte.

Allerdings sehe ich keine Notwendigkeit der internationalen Verbündung, die in der Sache liegt, also einen materiellen Grund hat. Im Widerstand gegen international agierendes Kapital, wo der Internationalismus ja herkommt, liegt die Verbündung auf der Hand, um die Konkurrenz der Proletarier der verschiedenen Länder aufzuheben. Aber Hochschulpolitik ist prima facie keine internationale Politik, und wir hier in Deutschland können den Protest in Quebec nur moralisch, aber nicht substantiell unterstützen.